Der Oberbürgermeister



Vorlage

Federführende Dienststelle: Aachener Stadtbetrieb Beteiligte Dienststelle/n: Vorlage-Nr: Status: E 18/0088/WP17

öffentlich

AZ: Datum: Verfasser:

Ausdruck vom: 17.05.2017

26.01.2017

Ratsantrag 194/17 vom 06.09.2016 – Die Linke Fraktion im Rat der Stadt Aachen

Quote für geringer qualifizierte Beschäftigte beibehalten

Beratungsfolge:

TOP:

Datum Gremium 07.03.2017 BAASt

Kompetenz Kenntnisnahme

Beschlussvorschlag:

Der Betriebsausschuss Aachener Stadtbetrieb nimmt die Ausführungen der Betriebsleitung zur Kenntnis.

Der Ratsantrag der LINKE-Fraktion im Rat der Stadt Aachen gilt somit als behandelt.

Erläuterungen:

Der Stellenplan der Stadt Aachen sieht, wie auch die Stellenpläne der eigenbetriebsähnlichen

Einrichtungen der Stadt Aachen, keine feste Quote für Personen mit geringen Bildungsabschlüssen

vor.

Durch die Neuausrichtung der Abfallwirtschaft in Aachen werden durch die Umstellung logistischer

Prozesse Einsparungen bei den Personal- wie auch den Betriebs- und Sachkosten erreicht, welche

wesentlich zur Gebührenstabilität beitragen sollen. Zur Realisierung dieser Einsparungen wird daher

nicht beabsichtigt, die in den kommenden drei Jahren durch natürliche Fluktuation frei werdenden

Stellen nach zu besetzen.

Ungeachtet dessen ist es auch ein gesellschaftliches Ziel des Aachener Stadtbetriebes, gering

qualifizierten Menschen Beschäftigungsperspektiven zu bieten. Aktuell verfügen dort rd. 180

Menschen über keine Berufsqualifikation, was einem Anteil von ca. 25 % entspricht.

Durch den geplanten Stellenabbau im Bereich der Abfallwirtschaft reduziert sich diese Quote auf 24

%, was gemessen an den qualitativ vorhandenen Aufgaben des Betriebes immer noch hoch ist.

Insofern sollte es das Ziel sein, durch Ausbildung und Schulungen die Qualifizierungsquote zu

erhöhen.

Auch eine Reduzierung von Fremdvergaben an Dritte bzw. die Rekommunalisierung von Aufgaben

Ausdruck vom: 17.05.2017

setzt entsprechend qualifiziertes Personal voraus.

Sollten Qualifizierung sowie wirtschaftliche und personalpolitische Gründe vorliegen, die

Aufgabenerledigung noch stärker in Eigenregie zu bewältigen, wird seitens der Betriebsleitung

entsprechend reagiert. Insofern steht jede externe Vergabe regelmäßig auf dem Prüfstand.

Anlage/n:

Ratsantrag Nr. 194/17